

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 1

Artikel: Jugoslawischer Theoretiker für Zweiparteiensystem

Autor: Stankovic, Slobodan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076490>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jugoslawischer Theoretiker für Zweiparteiensystem

Vor kurzem hat ein jugoslawischer Parteitheoretiker offen ausgesprochen, dass die in den kommunistischen Staaten existierende Diktatur einer einzigen Partei beseitigt und durch ein Zweiparteiensystem abgelöst werden müsse. In «Gledista» (Belgrad) schrieb Dr. Stevan Vracar, ein junger serbischer Professor, das Machtmonopol der kommunistischen Parteien habe sich in einigen Ländern «nicht nur de facto, sondern auch de jure in die Herrschaft einer einzigen Partei über den Staat verwandelt, so dass die wichtigsten Parteibeschlüsse direkt in legislative Akte der staatlichen Spitzenorgane umgesetzt werden». Eine solche Einparteidiktatur aber, so sagte Vracar, biete «einer relativ kleinen Gruppe von Menschen» die Möglichkeit, sich grosse politische Privilegien zu verschaffen; und das sei im allgemeinen den Interessen der Arbeiter, in deren Namen die Staaten regiert werden, genau entgegengesetzt.

Zur Verteidigung seiner Forderung nach einem Zweiparteiensystem stellte Vracar fest, dass «die historische Erfahrung den begrenzten Wert des Einparteidiktats demonstriert» habe. Nun sei ja in Jugoslawien bereits der Gedanke geäusser worden, dass vielleicht ein «parteiloses System» geschaffen werden könne, und ein solches System würde zweifellos die wünschenswerte Realisierung demokratischer Vorstellungen bedeuten. Da es sich bei derartigen Ideen jedoch nur um vage Hoffnungen auf die Zukunft handle, sei die Einführung eines Zweiparteiensystems die beste Lösung. Im Grunde sei das, wie Vracar meint, für kommunistische Länder gar nicht so neu und unerhört. «Von Zeit zu Zeit», so sagte er, «ist

es in vielen sozialistischen Ländern zu Krisen und sogar zu brutalen Abrechnungen zwischen den Parteführern gekommen». Es sei schwer, zu glauben, dass alle jene Funktionäre, die physisch vernichtet wurden, «Feinde des Sozialismus» gewesen seien, wie man behauptet habe. In Wahrheit sei es bei diesen Konflikten um «natürliche Differenzen über die wichtigsten politischen Fragen» gegangen. Dr. Vracar deutete unmissverständlich an, dass solche Richtungskämpfe als eine Art informelles Zweiparteiensystem zu betrachten seien, freilich als ein System, in dem die stärkste Partei ihre Opposition zerstöre. Derartige Vorgänge «haben überall ein ausserordentlich schmerzliches und unangenehmes Bild vom Einparteidiktat eingeprägt».

Um die Idee des Zweiparteiensystems akzeptabel erscheinen zu lassen, muss Dr. Vracar zunächst dem Mythos des Einparteidiktats zu Leibe gehen. In jedem kommunistischen Land ist nur eine einzige «herrschende Partei» zugelassen; ohne sich mit irgendeiner Opposition auseinandersetzen zu müssen, habe jede «herrschende Partei», so sagt Vracar, «eine bestimmte Art des politischen Monopols geschaffen, die dem ganzen politischen System eine besondere Note gibt». Und eben jenes «politische Monopol» lasse alle kommunistischen Parteien wie eine Gemeinschaft aussehen, ungeachtet der in den einzelnen Ländern recht unterschiedlichen organisatorischen Strukturen und politischen Rollen. Vracar schrieb: «Das politische Monopol einer einzigen Partei lässt diese zu etwas werden, das keine Partei in einem Mehrparteidiktat werden kann: zu einer politischen Organisation, die in einer Ge-

sellschaft eine beherrschende Position einnimmt und deren Funktion und Dauer unbegrenzt sind.»

Gegen das «politische Monopol»

Zwar macht Vracar einen Unterschied zwischen den kommunistischen Ländern, in denen die Verbindung zwischen Staat und Partei fest ist, und jenen Ländern, in denen dieser Zusammenhang lockerer erscheint, doch vertritt er die Ansicht, dass «das politische Monopol in beiden Fällen gleich bleibt». Und mit dem politischen Monopol entwickelte eine herrschende Partei zugleich ein ideologisches Monopol. In Vracars Formulierung bedeutet das ideologische Monopol, «dass den Parteimitgliedern mit Hilfe rigorosester Methoden eine exklusive Ideologie indoctriniert wird; es wird sorgfältig darauf geachtet, dass die herrschende Ideologie auf strikteste, fast absolutistische Weise akzeptiert wird; von den festgelegten Ideen und Anschauungen zu den Schlüsselproblemen des politischen Lebens wird keine Abweichung geduldet».

Als hätte er die jüngsten Vorgänge in Osteuropa — namentlich das Vorgehen gegen die tschechoslowakischen Schriftsteller — im Auge, greift Stevan Vracar die Methoden an, mit denen der Wille eines Menschen «auf brutale und aggressive Weise» gebrochen werden soll. «Angesichts einer so intensiven, kräftigen und gesteuerten Indoctrinierung ist es kein Wunder, dass die monopolistische Ideologie häufig ausserordentlich simplifiziert wird, dass sie schematisch, dogmatisch, einseitig, intolerant, starr, steril und fast zur Karikatur wird.» Auf solche Weise würden «politische Mythen» geschaffen, und es entstehe eine abstrakte Vorstellung vom Sozialismus, die «weitreichende Konsequenzen für die Bestimmung der Gesamtpolitik» habe. Nach Vracars Auffassung «wirkt die monopolistische Position einer einzigen Partei vor allem in jenem Bereich destruktiv, in dem die Kontakte zwischen Partei und staatlichen Behörden liegen ...». Es sei schädlich, wenn eine Person sowohl Partei- wie auch Staatsämter bekleide; das gelte selbst dann, wenn, wie in Jugoslawien, Anstrengungen unternommen werden seien, Partei- und Regierungsfunktionen zu trennen. Die sogenannte «Rotation» von Führern ist als ein permanenter Austausch zwischen Partei- und Regierungsfunktionären — und umgekehrt — aufgefasst worden. Vracar kritisiert nun die Tatsache, dass man «auf allen Ebenen die Führerkader geschaffen hat, die zur Wahrnehmung der wichtigsten Funktionen bestimmt sind», und dass jeder, der nicht zu dieser Funktionärsgruppe gehört, gezwungen sei, sich entweder mit «einem Aussenseiterposten oder mit einer rein dekorativen Stellung» abzufinden; solche Stellungen aber besässen nicht die geringste politische Macht. «So sind feste Mauern errichtet worden, die von aussen nicht durchbrochen werden können, weil es keine politische Kraft gibt, die dazu imstande wäre.»

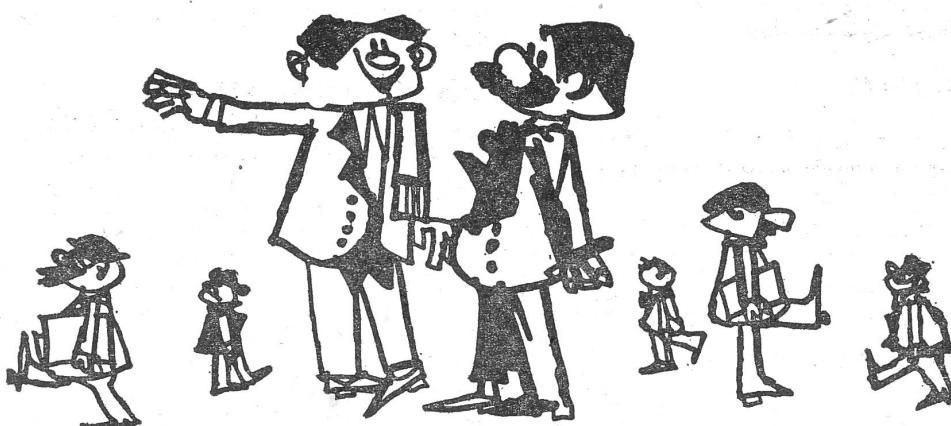
Das Einparteidiktat — eine Gefahr für die Freiheit

In seiner Analyse der Mängel einer Einparteidiktatur ist Vracar in der Tat gnadenlos. Die Verzahnung von Partei und Staat führe unweigerlich zu ausgeprägten Missbildungen, so erklärt er mit Nachdruck. In der Vergangenheit könne das Einparteidiktat eine positive Rolle gespielt



Ein Kandidat bemüht sich um Aufnahme in die Partei. «Also, schauen Sie her: Da sind die Kommunisten von Genosse Müller, und dort sind die Kommunisten von Genosse Meier. In wessen Partei wollen Sie jetzt?»

(Alle Karikaturen aus «Jesch», Belgrad)



«Also, bei uns gibt es überhaupt keinen Fraktionalismus.» — ?! — «Na, ja. Jeder ist eben für sich.»

haben, vor allem in der Anfangsphase des sozialistischen Aufbaus. «Nachdem aber eine solche Phase zu Ende gegangen ist, verwandelt sich in jedem Land das Parteimonopol fast automatisch... in eine Quelle grösster Gefahren, besonders für die sozialistische Demokratie.» Und Vracar wiederholt, dass die «Grundgefahr immer darin bestanden hat, dass sich aus der Stärkung des politischen Monopols der herrschenden Partei eine potentielle Einengung der sozialistischen Demokratie ergibt». Gewöhnlich übernehme eine «exklusive Gruppe» alle wichtigen Positionen, wenn das auch durch die Schaffung verschiedener demokratischer Mechanismen verschleiert werde. In diesem Zusammenhang sagt Vracar ferner:

«Ein solches System macht es möglich, dass in der Praxis eine relativ kleine Gruppe Privilegien im Bereich der Politik erwirbt. Und zwar ist das deshalb so, weil die Möglichkeiten für eine natürliche Auswahl fähiger politischer Kader außerordentlich beschränkt sind. Nur Leute, die sich in der Periode der Machtergreifung sozusagen bewährt haben, erhalten die Möglichkeit, Führer zu werden. Infolgedessen wird es zunehmend schwierig, die führenden Kader zu verjüngen. Um so mehr, als unter solchen Bedingungen die bürokratisierte Parteistruktur nur den Erfolg der Mittelmässigen zulässt, den Erfolg von Leuten, die einem extremen Konformismus huldigen. So ist die an sich normale Mobilität von Menschen und Gruppen, die neue Aufgaben zu erkennen vermögen, fast völlig paralysiert.»

Man dürfe sich daher nicht wundern, wenn sich in einer derartigen Partei viele «Feiglinge, Konformisten, Kleinbürger, Karrieristen finden und häufig auch Leute, deren moralische Integrität in glattem Widerspruch zur moralischen Integrität des durchschnittlichen Kommunisten steht». Diese Leute, setzte Vracar hinzu, könnten der Partei grösseren Schaden zufügen «als alle wirklichen oder angeblichen Feinde ausserhalb der Partei».

Warum kein Zweiparteiensystem?

Vracar begnügte sich aber nicht mit blossem Kritik; da er weiß, dass simple Ablehnung nicht als konstruktiv gelten kann, suchte er eine Alternative und fand, dass die Alternative nur in einem Zweiparteiensystem bestehen sollte:

«Wäre es nicht natürlicher, zwei Parteien zu ha-

ben, die beide für den Sozialismus kämpfen? Natürlich würden sich diese zwei Parteien vielleicht in ihrer Struktur und durch ihre Anhängerschaft unterscheiden, auch durch ihre ideologische Haltung gegenüber manchen Fragen des sozialistischen Aufbaus. In einem solchen Falle sähe sich die Mehrheitspartei, als herrschende Partei, einer organisierten Opposition gegenüber. Jedoch müsste dann jede Partei die Tatsache anerkennen, dass sie sich und ihre Struktur nicht verewigen kann.»

Der Gedanke Vracars ist selbstverständlich nicht neu. Schon am 20. Dezember 1953 hat Milovan Djilas in der Belgrader «Borba» geschrieben: «Harmonie gibt es nicht und kann es nicht geben. Es ist überdies gar nicht notwendig, dass es sie geben sollte, da sie nur den Fortschritt hemmt. Tatsächlich muss, wenn die Freiheit für den Fortschritt gesichert werden soll, eine Gruppe subjektiver Kräfte im sozialen Leben zugelassen werden.» Diese Vorstellung ist nun von Vracar folgendermassen formuliert worden:

«Oder man könnte zum Beispiel im Rahmen einer politischen Partei die unbehinderte Aktivität einer organisierten Opposition freigeben. Diese Opposition würde den Standpunkt einer Minorität vertreten, jedoch einen normalen politischen Dialog mit der Mehrheit innerhalb der Partei unterhalten und eine von beiden Seiten akzeptierte Politik unterstützen. Auf diese Weise würde sie als ein Korrektiv für die von der Majorität befürwortete politische Linie wirken. So würden die übelsten Aspekte des Einparteiensystems verschwinden, ohne dass der Sozialismus als solcher in Gefahr geriete.»

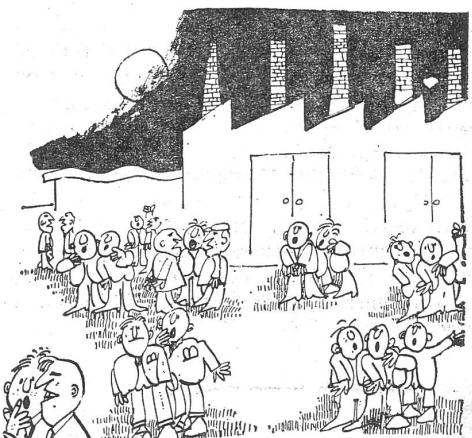
Auch Krste Crvenkovski, der Chef der mazedonischen Partei, hat sich bereits für eine solche «loyale Opposition» in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens ausgesprochen. Vracar erklärt jetzt zu dieser Frage noch, die «Furcht vor einer sozialistischen Opposition ist nur ein weiterer Beweis dafür, dass es Instabilität gibt, dass die kommunistische Bewegung nicht homogen ist und keine organische Stärke aufweist». Vielleicht, so meinte er, haben «bisher die Voraussetzungen für die Einführung eines Zweiparteiensystems im Sozialismus nicht bestanden; doch sollte man seine Einführung in der Zukunft in Erwägung ziehen». So könnten die positiven Aspekte eines Mehrparteiensystems für den Sozialismus nutzbar gemacht werden.

Kontrolle durch das Volk

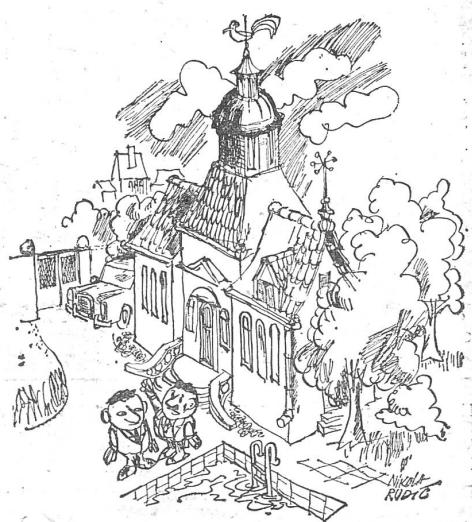
Vracar schloss seinen Artikel mit der Feststellung, dass es nur einen Ausweg gebe: das Volk müsse in die Lage versetzt werden, den «Staat tatsächlich zu kontrollieren, und zwar mit einem System demokratischer Parlamente»; das beste System sei jedoch das System der Arbeiterselbstverwaltung.

Man wird wohl annehmen dürfen, dass Präsident Tito an dem von Vracar befürworteten Zweiparteiensystem keinen Geschmack findet. Anderseits war es gerade Marschall Tito, der die jungen Parteitheoretiker immer wieder ermunterte, ihre Gedanken zu den Veränderungen in der kommunistischen Partei und im kommunistischen Staat offen auszusprechen. In seiner Einleitung zu dem Buch «Die Oktoberrevolution und die Völker Jugoslawiens» («Borba» hat die Einleitung am 14. September nachgedruckt) wies Tito auf Lenin hin, der gesagt habe, eine neue Gesellschaft könne nur «durch eine Anzahl heterogener, unvollständiger und konkreter Versuche zur Schaffung dieses oder jenes sozialistischen Staates» entstehen. Vracars Artikel ist offensichtlich ein solcher von Lenin gebilligter und von Tito tolerierter Versuch.

Slobodan Stankovic



«Jemand hat da behauptet, es gebe bei uns Fraktionsbildungen. Jetzt diskutieren wir alle zusammen einmal darüber.»

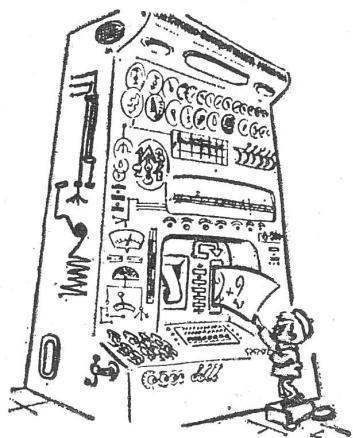


«Und ausgerechnet mich, den Kommunisten, versucht man bei der Arbeiterklasse zu diskriminieren.»

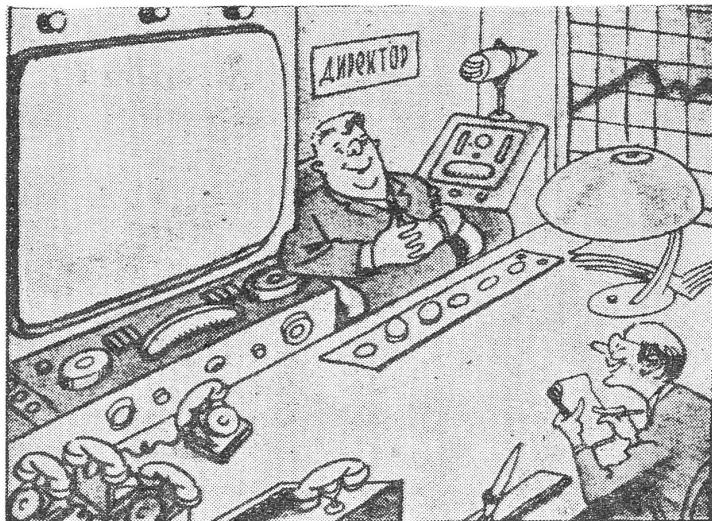
Computers



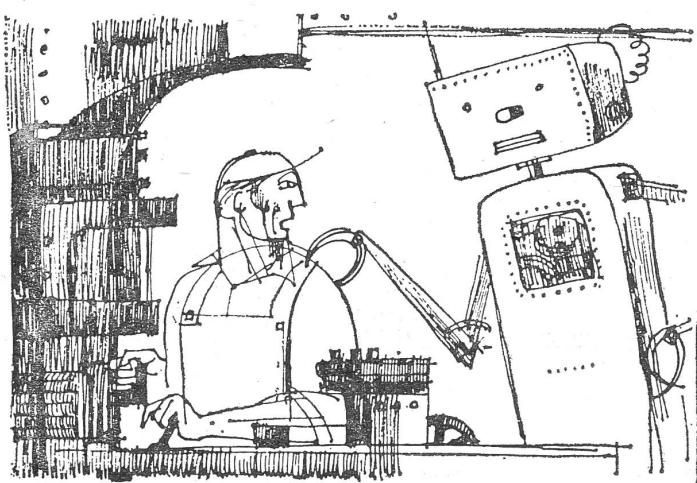
Lohnauszahlung: Jedem nach seinem Verdienst. («Hospodarske Noviny», Prag)



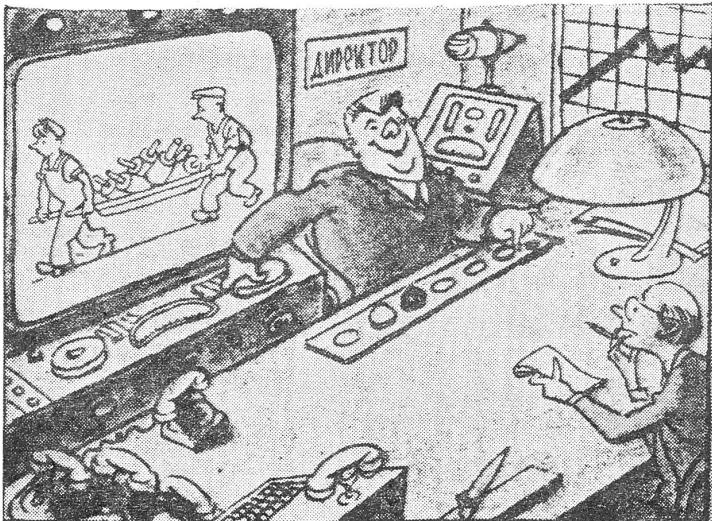
(«Krokodil», Moskau)



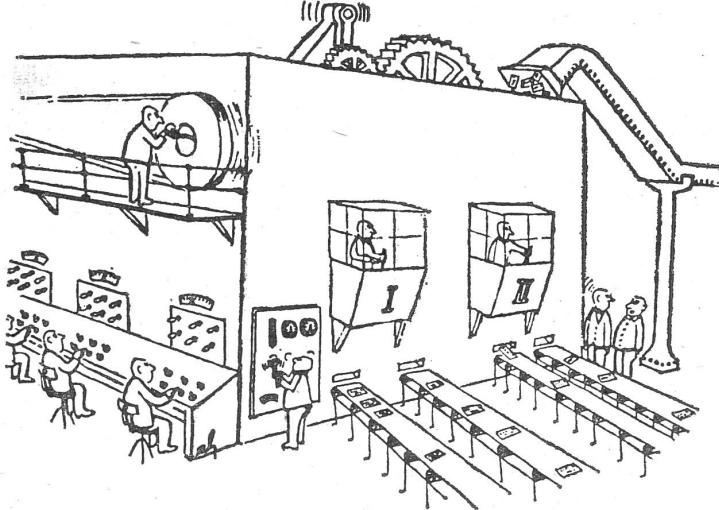
«Und wie steht es bei Ihnen mit der Automatisierung?»



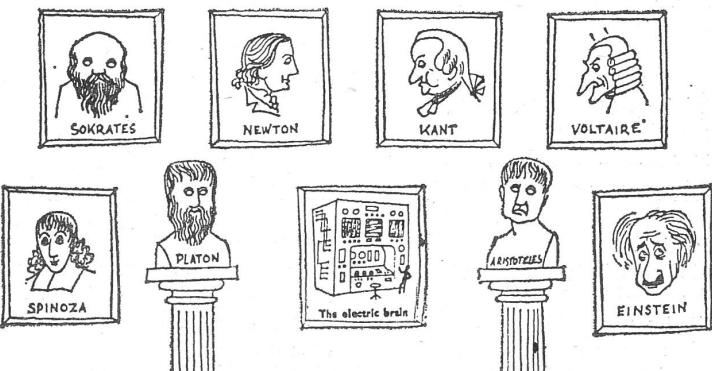
«Schichtwechsel!» («Urzica», Bukarest)



«Sehen Sie selbst!» («Krokodil», Moskau)



«Früher mussten hier fünf Angestellte die Briefe umständlich mit der Hand sortieren!» («Eulenspiegel», Ost-Berlin)



Galerie der Denker. («Hungarian Review», Budapest)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telephon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.